Nachhaltigkeitspolitik nördlicher Industriestaaten – Annahme einer globalen Verantwortung oder Eigennutz?

Dorothee Braun

Vortrag im Rahmen der Diskussionsveranstaltung zu Klimawandel und Flucht
Flüchtlingsrat Hamburg
Hamburg, Juni 2012

Rio plus 20 steht vor der Tür. 20 Jahre zuvor vermochte es der Weltgipfel zu Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 das Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung in einem internationalen Dokument zu verankern und Prozesse zur Überwindung der sozialen und ökologischen Krisen ins Leben zu rufen. Rio 1992 hatte eine große politische Strahlkraft: als Geburtsstunde für die multilateralen Regelwerke zum globalen Umweltschutz, als Startpunkt für die Erarbeitung von Nachhaltigkeitsstrategien. Rio hat das als unversöhnlich geltende Begriffspaar der Umwelt und der Entwicklung zusammengebracht. Erstmals wurde ein einheitlicher und globaler Ansatz entwickelt, der das Ziel verfolgt, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, im Einklang mit der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Das Konzept von Entwicklung als Wachstum wurde indes nicht in Frage gestellt. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung hat offen gelassen, um was es im Kern eigentlich geht: um Entwicklung als Wachstum oder um Entwicklung als Gerechtigkeit? Dieses Versäumnis will Rio + 20 nachholen, indem es das Wirtschaften selbst in den Blick nimmt. Eine neue Form des Wirtschaftens, die „Green Economy“, soll die wirtschaftliche Entwicklung fördern, die effiziente Nutzung von Ressourcen und Leistungen des Ökosystems voranbringen, sowie die Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb und zwischen Staatsgrenzen und Regionen verkleinern.

Wie sieht die Umsetzung des Konzeptes einer Green Economy in Deutschland aus? Deutschland wird seitens internationaler Beobachter als Vorbild, als Rollenmodell für eine nachhaltige Entwicklung wahrgenommen. Deutschland gilt als Musterknabe makroökonomischer Verantwortung und als Pionier. Das gilt für die Höhe der Neuverschuldung ebenso wie für die Arbeitslosenstatistik. Das gilt auch für den Zuwachs im Außenhandel. Deutsche Qualität überzeugt - zunehmend auch Marktteilnehmer in den großen Schwellenländern. Das klare Ja zum Umbau der Energieversorgung erzeugt im Ausland Resonanz. Es ist ein Experiment, das wenn noch nicht zur Nachahmung dann doch zur

genauen Beobachtung einlädt. Auch die OECD bescheinigt Deutschland gute Noten in den Bereichen Umweltinnovationen und Klimawandel als den beiden Schwerpunkthemen in ihrem erst kürzlich vorgelegten Umweltprüfbericht.

In Deutschland gibt es seit 2002 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit einem Managementkonzept. In 21 Themenfeldern definiert die Strategie Ziele und Zeitlinien zu deren Erreichung, sowie Indikatoren zur Überprüfung der jeweiligen Entwicklung. Neue Arbeits- und Verantwortungsstrukturen sind im Parlament und in der Regierung geschaffen worden. Mitte Februar hat die Bundesregierung ihren Fortschrittsbericht 2012 vorgelegt. Seit einigen Jahren stellen sich zunehmend maßgebliche Unternehmen der Herausforderung der Nachhaltigkeit.

Zieht man zur Bewertung der Nachhaltigkeitspolitik den Fortschrittsbericht 2012 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu Rate, so können wir hinter einem Großteil selbstgesteckter Ziele einen Haken machen. So etwa beim Klimaschutz, beim Ausbau erneuerbarer Energien, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, bei der Bildung oder bei Innovationen. Wir sind Weltmeister im Recyceln bei Papier, Glas, Metall, Textilien oder Kunststoffen, perfektionieren Kreislaufführungen und verzeichnen stetige Zuwächse in der Nachfrage nach nachhaltigen Produkten. Begründen wir damit nicht bereits Leitmotive für die Umgestaltung unseres Wirtschaftens? Sind wir nicht bereits dabei Alternativen für das bislang dominierende Wohlstands- und Entwicklungsmodell anzubieten?

Der Rückblick auf 10 Jahre Nachhaltigkeitsstrategie zeigt uns indes, dass sich zwar vieles verändert hat, aber weit weniger als für einen Übergang in eine ressourcensparende und klimaneutrale Gesellschaft nötig ist. Die bestehenden Koordinations- und Steuerungsmechanismen werden dem Leistungsauftrag der Nachhaltigkeitsstrategie bislang nicht gerecht. Dabei wissen wir um das Risiko des Klimawandels, die Sorge um zunehmende Verknappungen von Rohstoffen, Wasser und Boden, den fortschreitenden Verlust der Biodiversität.

Der Blick auf eine stetig wachsende Weltbevölkerung und begrenzte Ressourcen erfordert eine neue Wertorientierung unseres Lebensstils.

In Deutschland gibt es Silber und Gold, Indium und Gallium, wertvolle Mineralien und lebenswichtige Nährstoffe in Hülle und Fülle – nur dass wir sie nicht als Rohstoffe ansehen. Sie landen im Müll oder verbleiben in Schubladen – wie Handys beispielsweise. Auf 30 Millionen Handy-Neuverkäufe im Jahr kommt eine Ansammlung von ca. 70 Millionen

ungenutzter im Haushalt aufbewahrter Mobiltelefone. Die Rückgabequote beläuft sich derzeit gerade mal auf 100.000 Geräte pro Jahr. Auch ist der Anteil an Gold als Versicherung gegen Währungskrisen, insbesondere in Deutschland und der Schweiz, sprunghaft angestiegen. Waren es im Jahr 2006 weltweit noch 400 Tonnen Gold, die in Form von Barren, Münzen oder als Investment in Schubladen lagerten, bzw. gegen Bares eingetauscht wurden, so waren es 2010 bereits 1.333 Tonnen. Nahezu konstant geblieben ist hingegen die Nachfrage für Schmuck, Industrie und Zahntechnik. Gleichzeitig hat sich der Wert des Goldes mehr als verdoppelt.

Der Umgang mit den mobilen Schatzkisten verrät das bislang niedrige öffentliche Bewusstsein im Hinblick auf Rohstoffrelevanz, Abbaubedingungen – vielfach verbunden mit sozialen und ökologischen Missständen - oder dem sogenannten „urban mining“. Das Gold steht exemplarisch für die verschiedenen Ausprägungen menschlicher Sicherheit entlang der Wertschöpfungskette. Gut verwahrte Gold-Sicherheiten gegenüber materiellen Risiken stellen anderswo, am Beginn der Wertschöpfungskette, nicht selten das nackte Überleben in Frage. Zu Beginn des 21. Jahrhundert sind wir noch weit davon entfernt, eine annähernd gleiche Verteilung von Produktionswissen, Ingenieurkapazitäten und Wertschöpfungsanteilen zur Nachhaltigkeit verwirklicht zu haben.

Dabei steht die Frage nach Verfügbarkeit, Zugriff und Verteilung von Rohstoffen heute neuen und stetig wachsenden Herausforderungen gegenüber. In Deutschland wird der freie Zugang zu Ressourcen und Energie als unverzichtbare Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland gesehen. Und wir sind nicht allein. In den Ländern Asiens und des nahen Ostens wird, den Prognosen zu Folge, in den nächsten 20 Jahren eine Verdopplung des Primärenergieverbrauchs erwartet. Allein fünf Sektoren der chinesischen Wirtschaft – Gebäude, Stahl, Mineralöl, Leichtkraftfahrzeuge und Gewerbe – wird mehr als ein Viertel des zukünftig global erwarteten Anstiegs der Energienachfrage zugeschrieben. Um ihre Infrastruktur auszubauen, benötigen diese Länder eine große Menge verschiedenster Rohstoffe. Auch verfolgen Sie ehrgeizige Ziele bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien. So definiert bspw. Süd Korea in seiner Strategie für ein kohlenstoffarmes grünes Wachstum das Ziel im Jahr 2020 die weltweit siebt-größte grüne Macht zu sein. Der Wettlauf um Rohstoffe hat längst begonnen. Deutlich zugenommen hat die Konkurrenz um die neuen sogenannten kritischen Rohstoffe wie Lithium, Coltan oder die Metallgruppe der gar nicht so seltenen Seltenen Erden. Sie sind auch die Stoffe der

Energiewende und für viele Zukunftstechnologien im Kommunikations-,Verkehrs- und Militärsektor zentral.

Mit der Ressourcenfrage eng verwoben ist die Ernährungssicherheit. Sie ist längst auch zu einer Frage von Konsum und globalen Lebensstilen geworden. Mit einer wachsenden globalen Mittelschicht geht auch eine steigende Nachfrage nach land- und wasserintensiver Nahrung einher.

Wir werden mehr, urbaner und reicher – und essen immer ähnlicher. Länder wie Deutschland, die sich auf eine intensive industrielle Tierproduktion spezialisiert haben, importieren riesige Mengen Futtermittel. Die deutsche Viehhaltung nimmt damit gigantische Flächen in verschiedenen Ländern der Welt für den Anbau von Futtermitteln in Beschlag. Der Anteil woanders mit Soja bepflanzter Äcker beläuft sich dabei auf ca. 2 Millionen Hektar.

Gleichzeitig sind wir Weltmeister im Wegwerfen. Die Verschwendung beginnt bereits mit der Normierung von Agrarrohstoffen, die entsprechend der Vorgaben auf Äckern, an Bäumen oder Stauden zurückgelassen oder aussortiert werden. Normvorstellungen weben sich in individuelle Konsumentscheidungen. Frisch, makellos und formvollendet soll die Ware sein. Aber nicht allein an der Ladentheke entscheidet sich, was nachgefragt und was liegen bleibt. Von den 11 Millionen Tonnen Lebensmitteln, die sich jährlich zu Müllbergen türmen, gehen weit mehr als die Hälfte auf das Konto privater Haushalte. Gleichzeitig geht mit der Diskussion um Ernährungsfragen eine kritische Auseinandersetzung mit den weltweit ökologischen und sozialen Konsequenzen der Produktionszusammenhänge in der Nahrungsmittelindustrie einher.

Und wie sieht es mit den Strategien privater Anleger aus? In Deutschland gibt es etwa 300 nachhaltige Anlagen, davon haben 114 ein Transparenzlogo. Optimale Schätzungen gehen von 2, 5% des Sparvermögens aus. Nachhaltigkeit ist im Finanzsektor ein inflationär gebrauchter Begriff und bedarf dringend einer inhaltlichen Schärfung. Glaubwürdigkeit und Transparenz sind auch hier wesentliche Steuergrößen. Doch gibt es mittlerweile bereits erste ermutigende Ansätze.

Was es braucht sind sorgfältige politische Prozesse und ein verantwortliches Zusammenspiel aller Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft:

Der vorherrschende Trend im Rohstoffverbrauch erfordert alternative Strategien zu einer absoluten Reduktion des Rohstoffverbrauchs. Die Angebotsverknappung im Rohstoffsektor sollte als Chance begriffen werden, mittels Innovationen in die Erhöhung der

Ressourceneffizienz, Substitution oder Recycling, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und qualifizierte Arbeitsplätze bereit zu stellen. Dies erfordert ein Nachhaltigkeitsmanagement für strategische- wie Massenrohstoffe, die agrarischen Rohstoffe und Umweltmedien Boden, Wasser, Luft und Stoffströme mit eingeschlossen. Es gilt, vorhandene Technologien weiterzuentwickeln, neu zu erfinden sowie Systemlösungen zu ermöglichen. Es gilt faire Wirtschafts- und Technologiepartnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern aufzubauen, um Ressourcenschonung aber auch die Wertschöpfung in den jeweiligen Ländern zu fördern. Es gilt zu zeigen, dass nachhaltiges Wirtschaften auf Wettbewerbsfähigkeit einzahlt. Es gilt die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren unternehmerischer Praxis als Vermögenswerte sicht- und kalkulierbar zu machen. Der Nachhaltigkeitsrat hat daher in einem 1- jährigen Dialogprozess mit Vertreterinnen und Vertretern der Finanzmärkte, von Unternehmen und der Zivilgesellschaft den deutschen Nachhaltigkeitskodex entwickelt. Der Kodex schafft mehr Verbindlichkeit und Transparenz in der Darstellung unternehmerischer Verantwortung. Er fokussiert auf die vom Kapitalmarkt als wesentlich angesehenen Nachhaltigkeitsinformationen ohne dabei Themen wie Gemeinwohl, politische Teilhabe oder Korruption zu vernachlässigen. Er will den Unternehmen eine Aussage dazu abfordern, bis zu welcher Tiefe der Wertschöpfungskette Nachhaltigkeitskriterien überprüft werden. Wenn die Rechnung aufgeht, dann werden die Nachhaltigkeitsleistungen von Unternehmen am Kapitalmarkt sichtbar. Dann werden auf dem Kapitalmarkt von morgen, nicht nur Finanzkennzahlen, sondern auch nachhaltige Leistungsindikatoren an Bedeutung für die Bewertung des Unternehmensgeschehens und der Kreditwürdigkeit gewinnen.

Deutschland kann an erfolgreiche Technologiekonzepte, soziale Praktiken und Managementansätze anknüpfen. Diese sollten im umfassenden Sinne Eckpfeiler einer „Green Economy“ werden. Wir sind gut beraten – gerade auch im Kontext von Rio20plus – deutliche Akzente zu setzen. Das heißt auch: unsere Veränderungsunwilligkeit auf den Kopf zu stellen. Dazu bedarf es Utopien, Ideen über zukünftige Gesellschaftsmodelle, und Ziele mit hoher Mobilisierungskraft, um tief sitzende Gewohnheiten zu durchbrechen.

Rio 2012 und der sich daraus anschließende Prozess hat das Potenzial internationale Ziele und Prinzipien nachhaltiger Entwicklung als Managementaufgabe in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu verankern. In Vorbereitung auf die Konferenz haben namhafte Institutionen, allen voran das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, die OECD, die Weltbank sowie das Mc-Kinsey Global Institut eigene Konzepte einer „Green Economy“ vorgelegt. Alle

Berichte bestätigen die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Klimaforschung. Alle heben die Bedeutung der Ressourceneffizienz heraus. Alle bewegt die Sorge um die Verknappung der Ressourcen. Gerade der OECD reichen marktbasierte Instrumente, freiwillige Standards, Wettbewerbe und ähnliche Instrumente nicht länger aus. Sie fordert verlässliche Rahmenbedingungen, verbindliche Standards, die Einrechnung von Umwelt- und Sozialkosten in das Management unternehmerischer Praxis und den Abbau von Subventionen. Das UNEP sieht in der In-Wert-Setzung der Natur, bzw. ihrer Dienstleistungen die Voraussetzung für Investitionen zu deren Schutz und Aufrechterhaltung. Doch ist der Grad zwischen In-Wert-Setzung und Wertschätzung ein schmaler. Was den einen Hoffnung ist, Schäden an Ökosystemen endlich bewerten zu können und in unser Preissystem einzubeziehen, ist den anderen ein Dorn im Auge. Die schärfste Kritik am UNEP Konzept sieht in der InwertSetzung vorallem eins: sie für die Privatwirtschaft attraktiv zu machen und so der Gefahr der kommerziellen Ausbeutung auszusetzen. In der Tat nimmt das Konzept kaum Bezug auf soziale Zusammenhänge, wie bspw. traditionelle Nutzungsrechte, gesellschaftliche Segregationsprozesse, oder demokratische Teilhaberechte. Und auch die Frage nach dem Mythos der Effizienzrevolution, der Frage ob eine auf technische Innovationen, Effizienz- und Produktivitätssteigerung ausgerichtete Lösungsstrategie eine ausreichende Antwort auf die drängenden globalen Herausforderungen darstellt, bleibt weitgehend ausgeklammert.

Wie nun finden die Vorschläge, Ideen und Sorgen in den derzeitigen Verhandlungen zu Rio+20 ihren Niederschlag?

Aus einem anfänglich 20 seitigen ersten Entwurf, zwischenzeitlich auf 206 Seiten angewachsen, wurde nun ein 80-seitiges Verhandlungsdokument vorgelegt. Derzeit lässt sich keine Tendenz abzeichnen, wie das Verhandlungsergebnis am Ende aussehen wird. Vielmehr zeichnen sich widerstreitende Tendenzen ab. Die Forderung der Hohekommissarin für Menschenrechte und der Sonderbeauftragten für Menschenrechte hat inzwischen zwar Eingang gefunden, bleibt aber für sich genommen unverbindlich. Alle auch nur tendenziell verpflichtenden Textpassagen zur Green Economy wurden abgeschwächt, aber dennoch wird die Rolle der Wirtschaft semantisch fast schon euphorisch hochgeschrieben. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen, die Ausbauziele für den Zugang zu nachhaltiger Energie für alle, bleiben verwaschen. Auch in der Institutionenfrage, der Aufwertung der globalen Nachhaltigkeits- wie Umweltpolitik, ist noch nichts entschieden. Die globale Umweltpolitik von einem Programm zu einer Organisation aufzuwerten, unterstützen insbesondere die EU

und die Afrikanische Union. USA, Russland und Canada positionieren sich bislang eher in den Reihen der Gegenspieler. Mit der Erarbeitung von globalen Nachhaltigkeitszielen wird indes die Hoffnung verbunden, dass sich die internationale Staatengemeinschaft am Ende doch mit den planetaren Grenzen ernsthaft und verantwortungsvoll auseinandersetzen wird. Von Guatemala und Kolumbien in die Diskussion eingebracht, sollen sie – anders als die globalen Entwicklungsziele - universelle Gültigkeit besitzen, und sich damit auch auf Fehlentwicklungen in den Industrieländern beziehen. Das erzeugt Widerstände. Auch bei jenen Ländern, deren grüne Technologien selbst ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, wie bspw. Brasilien, das in seiner Energieversorgung vor allem auf die Nutzung der Wasserkraft oder den konsequenten Ausbau von Agrotreibstoffen setzt. Einige Entwicklungsländer befürchten wiederum, dass mit der Entwicklung globaler Nachhaltigkeitsziele die Mittel für die Überwindung der Armut zurückgefahren werden könnten.

Internationale Konferenzen sind bislang der Ort, an dem die globale Steuerungsfähigkeit der Weltgemeinschaft zur Verhandlung steht. Die globale Steuerungsfähigkeit ist eine der zentralen Fragen der Nachhaltigkeit in den kommenden Jahren. Dazu gehört aber auch überlappende politische Aktivitäten und Prozesse zu definieren und Verantwortlichkeiten für die Umsetzung festzuzurren. Dazu gehört auch die bestehenden Machtverhältnisse in den Blick zu nehmen und Menschenrechte, Verteilungsfragen und demokratische Teilhaberechte als wesentliche Bestandteile einer nachhaltigen Wirtschaftsweise in die Diskussion einzubeziehen.